

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

50. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. November 2006, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Landtagspräsidenten zur Nutzung von Haus B</b>	<b>4</b>
<b>2. a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/970	
<b>b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren</b>	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/999	
<b>3. Jahresabschluss 2005 der Eichdirektion Nord</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/1220	
<b>4. Beantwortung von Fragen des Finanzausschusses zum Haushaltsentwurf 2007/2008</b>	<b>7</b>
Vorlagen des Finanzministeriums Umdrucke 16/1337 und 16/1380	
<b>5. Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung</b>	<b>8</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/824	
<b>6. Parkraumbewirtschaftung in der Landesverwaltung</b>	<b>9</b>
hierzu: Beschluss des Landtages zu den Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs Drucksache 14/1472	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 16/1415	
<b>7. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht des Landtagspräsidenten zur Nutzung von Haus B**

P Kayenburg führt aus, Haus B sei von seinem Amtsvorgänger bis zum Jahr 2013 angemietet worden, insbesondere um Nutzungen während der Bauphase im Landeshaus durchführen zu können. Daneben sei das Gebäude der Landesregierung für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Die Mietkosten betragen 7.000 €, die Nebenkosten 2.000 € monatlich. Nach Abschluss der Bauphase favorisiere er die Lösung, dass der Ministerpräsident die obere Etage des zurzeit leer stehenden Gebäudes und die Landtagsverwaltung, die Fraktionen und Abgeordneten die untere Etage multifunktional nutzen. Die Umbaukosten seien bei der multifunktionalen Nutzung niedriger als bei einer alleinigen Nutzung durch die Staatskanzlei.

Abg. Astrup regt an, im Interesse der Landesfinanzen in diesem Zusammenhang die weitere Verwendung des Gästehauses der Landesregierung mit zu diskutieren.

Abg. Heinold erwartet ein Gesamtkonzept für die Unterbringung des Ministerpräsidenten, der derzeit über Räumlichkeiten in vier Liegenschaften verfüge, sowie eine Kostenaufstellung nach Abschluss der Gespräche zwischen Ministerpräsident und Landtagspräsident.

P Kayenburg macht darauf aufmerksam, dass die Staatskanzlei die Räume im Landeshaus nur aufgeben wolle, wenn ihr das gesamte Haus B zur Verfügung gestellt werde. Zu den Überlegungen der Landesregierung, das Gästehaus zu veräußern, gebe es unterschiedliche Auffassungen.

Der Vorsitzende bittet den Landtagspräsidenten, den Finanzausschuss über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Ministerpräsidenten über die künftige Nutzung von Haus B und mit den Fraktionen über die Reinigung der Fraktionsbereiche zu informieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zu-  
lassen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/970

**b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/999

(überwiesen am 12. Oktober 2006 an den Finanzausschuss und den Innen-  
und Rechtsausschuss)

Der Finanzausschuss beschließt, die Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge auf die nächste Sitzung zu vertagen und das Thema zur Tagesordnung der nächsten Landtagstagung anzumelden.

Auf eine Frage von Abg. Heinold teilt St Dr. Wulff mit, Regelungen zum Glücksspiel seien in die EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht aufgenommen worden. Unter Bezug auf die europäische Rechtsprechung vertrete das Bundesverfassungsgericht die Auffassung, dass staatliche Monopole durchaus möglich seien, wenn überwiegende oder überragende Gründe des Gemeinwohls eine Einschränkung der Berufs- und Gewerbefreiheit rechtfertigten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Jahresabschluss 2005 der Eichdirektion Nord**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdruck 16/1220

Auf Fragen des Vorsitzenden legt AL Dr. Büchmann dar, die Höhe des Zuschussbedarfes des Landes im Jahr 2004 in Höhe von 167.000 € sei im Wesentlichen auf positive Einmaleffekte zurückzuführen und könne mit der Höhe des Zuschussbedarfes im Jahr 2005 in Höhe von 806.000 €, der unter den Planungszahlen liege, nicht ohne Weiteres verglichen werden. Einnahmeausfälle seien maßgeblich auf die Umsetzung der Messgeräte-Richtlinie der EU zurückzuführen, nach der für die Eichbehörde lukrative Erstprüfungen entfielen. Die Hälfte des Zuschussbedarfes machten Rückstellungen für Beihilfen und Pensionen aus. Der Verlust werde sich im Jahr 2007 gegenüber der bisherigen Planung um weitere 120.000 € erhöhen. Der Prüfaufwand sei im Flächenland Schleswig-Holstein achtmal höher als im Stadtstaat Hamburg. Einer vollständigen Privatisierung des Eichwesens stünden die EU-Richtlinie und der Grundgedanke des Verbraucherschutzes entgegen.

P Dr. Altmann kündigt an, die Eichdirektion Nord im Jahr 2007 zu prüfen und in den Bemerkungen 2008 einen entsprechenden Bemerkungsbeitrag vorzulegen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beantwortung von Fragen des Finanzausschusses zum Haushaltsentwurf  
2007/2008**

Vorlagen des Finanzministeriums  
Umdrucke 16/1337 und 16/1380

P Dr. Altmann kritisiert, dass die von der Landesregierung propagierte Einsparung von 80 Millionen € in den Ressorts auch durch die Erhöhung von Einnahmetiteln erbracht werde, was kein echter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sei. Außerdem sei die Vermengung von Einsparbeiträgen mit Personalkosteneinsparungen problematisch.

St Dr. Wulff stellt klar, dass zweimal 80 Millionen € als Konsolidierungsbeitrag gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung erbracht worden seien, um die Nettoneuverschuldung zu senken. Neben Sparbeiträgen seien auch Einnahmeerhöhungen angerechnet worden. Weil allerdings Mehranmeldungen der Ressorts zur Überschreitung der mittelfristigen Finanzplanung geführt hätten, hätten die Konsolidierungsbeiträge entsprechend erhöht und dazu Kürzungen in Einzelplan 11 herangezogen werden müssen.

Auf eine Frage von Abg. Heinold bittet der Finanzausschuss die Landesregierung, ihn über die Auflösung der Kompensationsmittel für die Kommunen infolge der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs zu unterrichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/824

(überwiesen am 30. Juni 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu:

Stellungnahmen Umdrucke 16/1252, 16/1263, 16/1266, 16/1319, 16/1381

Auf eine Frage von Abg. Schlosser-Keichel erwidert St Dr. Wulff, im Jahr 2004 habe es in Schleswig-Holstein 105 sogenannten Steuerpflichtige mit besonderen Einkünften („Einkommensmillionäre“) gegeben. Die schleswig-holsteinischen Finanzämter würden diese Fälle wie Großbetriebe behandeln und ab 2006 statistisch gesondert ausweisen.

Der Finanzausschuss kommt überein, die inhaltliche Beratung der Vorlagen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Parkraumbewirtschaftung in der Landesverwaltung**

hierzu:

Beschluss des Landtages zu den Bemerkungen 1997 des Landesrechnungshofs  
Drucksache 14/1472

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 16/1415

Abg. Heinold erinnert an den einstimmigen Beschluss des Landtages aus dem Jahr 1998 (Drucksache 14/1472) und bringt ihren Antrag Umdruck 16/1415 ein, Entgelte für die Nutzung landeseigener und angemieteter Einstellplätze für Kraftfahrzeuge zu erheben (Umdruck 16/1415).

P Dr. Altmann und VP Dopp unterstützen die Einführung von Parkgebühren.

St Dr. Wulff weist darauf hin, dass die Landesregierung am 17. Juni 2003 beschlossen habe, das Konzept der Parkraumbewirtschaftung im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit gegenüber den Beschäftigten und wirtschaftliche Aspekte nicht weiter zu verfolgen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Entgelte für die Nutzung landeseigener und angemieteter Einstellplätze für Kraftfahrzeuge zu erheben (Umdruck 16/1415), wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/1298 - Jahresbericht Landesbesoldungsamt

Umdruck 16/1338 - Offene Ganztagschulen

Umdruck 16/1372 - Messehalle Husum

Umdruck 16/1376 - Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu Umdruck 16/1298 - Jahresbericht **Landesbesoldungsamt** - teilt St Dr. Wulff mit, nach der derzeitigen Planung würden auf der Grundlage des Personaleinsparkonzepts bis zum Jahr 2010 beim Landesbesoldungsamt 1,5 Millionen € an Personalkosten eingespart und 40 Stellen in Abgang gestellt. Eine entsprechende Kontrolle finde anhand des Personalkosten-Controllings im Haushaltsvollzug statt.

Der Vorsitzende geht davon aus, dass sich die angekündigten Einsparungen im Stellenplan widerspiegeln.

VP Dopp erwartet, dass infolge von Aufgabenverlagerung wegfallende Stellen nicht auf das Personaleinsparkonzept beim Landesbesoldungsamt in Höhe von 15 % angerechnet würden.

P Dr. Altmann bekräftigt die Kritik des Landesrechnungshofs (s. Umdruck 16/1282), eine gesonderte Veranschlagung globaler Mehrausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen in Höhe von 15 Millionen € im Jahr 2007 und 40 Millionen € im Jahr 2008 sei mit dem Personalkosteneinsparkonzept der Landesregierung nicht vereinbar. Tarif- und Besoldungssteigerungen müssten in den Personalkostenbudgets erbracht werden. Dies gelte auch für zusätzliche Stellen für eine Anti-Terror-Datei.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer